

Protokoll:

Herr Hastenteufel schildert auf Nachfrage, dass die Stellungnahmen der Bürger/innen entsprechend den Ausführungsbestimmungen des Gemeinde- und Städtebundes und des Städtetags entpersonalisiert worden seien. SPD-Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann bittet darum zu prüfen, ob die Namen der einzelnen Personen in nicht öffentlicher Sitzung genannt werden könnten. Eine entsprechende Prüfung und Umsetzung im Fachbereichsausschuss wird zugesagt.

FDP-Fraktionsvorsitzender Schupp bittet um eine getrennte Abstimmung der Begründungen zur Verkehrssituation und dem KFZ-Aufkommen. Er fordert die Erstellung eines vernünftigen Verkehrskonzeptes für diesen Bereich. Die FDP-Fraktion sei mit der Vorlag an sich einverstanden, allerdings nicht mit den enthaltenen Ausführungen zur Verkehrssituation.

Beigeordneter Flöck bringt zum Ausdruck, der Verwaltung sei bewusst, dass die Verkehrssituation nicht einfach sei. Allerdings gebe es auf der Karthause kein anderes Grundstück, das den Bau einer Kindertagesstätte kurzfristig ermöglichen würde. Bei dem in die Bebauungsplanaufstellung einbezogenen Verkehrsaufkommen handele es sich zudem um eine Maximalbetrachtung. Eine andere Erschließung des Grundstückes sei geprüft worden, aber nicht kurzfristig umsetzbar. Es werde überlegt, auf dem Grundstück weitere Stellplätze anzulegen um die Verkehrssituation etwas zu entzerren, völlig vermeiden ließe sich ein vermehrtes Verkehrsaufkommen allerdings nicht.

Herr Schupp plädiert dafür, im Rahmen der Bebauungsplanänderung Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation auf den Weg zu bringen und parallel zu den weiteren Planungen der Kindertagesstätte diese Maßnahmen zu planen und umzusetzen. CDU-Fraktionsvorsitzende Schumann-Dreyer schließt sich dem an. Bürgermeisterin Hammes-Rosenstein spricht sich vor dem Hintergrund, dass der Rechtsanspruch auf Kindertagesstättenplätze erfüllt werden müsse, ebenfalls für eine parallele Vorgehensweise aus.

Die Fraktionen drücken ihr Missfallen über die gewählten Formulierungen im Wege der Bewertung der Rückmeldungen aus der Bevölkerung aus. Es sei wichtig, die Anmerkungen aus der Bevölkerung ernst zu nehmen und darauf einzugehen. Es müsse deutlicher werden, dass die Einschränkungen und Belange der Bevölkerung gesehen und berücksichtigt würden, aber im Abwägungsprozess hinter dem Bau der Kindertagesstätte zurückstehen müssten.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig schlägt vor, die Vorlage ohne Beschlussempfehlung zu lassen, die angesprochenen Formulierungen bis zur Sitzung des Stadtrates abzuändern und im Stadtrat eine Gesamtabstimmung vorzunehmen. Die Fraktionen erklären sich hiermit einverstanden. Die Vorlag bleibt daher ohne Beschlussempfehlung.